

Sehr geehrte Frau Kurth, Staatsministerin für Kultus,

als MitstreiterInnen im Bildungssektor sind wir gleichermaßen an der Qualität der sächsischen Bildungslandschaft interessiert. Angesichts der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Gewinnung von qualifizierten Lehrkräften sehen wir den eingeschlagenen Weg allerdings kritisch.

Der LehrerInnenmangel in Sachsen ist gravierend. Die von Ihrem Ministerium getroffenen Maßnahmen sind unserer Ansicht nach ein bloßer Versuch der Symptombekämpfung und bei Weitem nicht ausreichend, um dem LehrerInnenmangel nachhaltig entgegenzuwirken.

Wir möchten Sie daher, basierend auf unseren vielfältigen Erfahrungen, auf verschiedene Probleme hinweisen und Ihnen Lösungsvorschläge unterbreiten, wie Ursachen des Lehrermangels durch dringend notwendige Veränderungen im Bildungssektor nachhaltig beseitigt werden könnten. Diese Vorschläge haben wir Ihnen zunächst zusammengefasst und nachfolgend detailliert aufgeführt:

1. Organisation der Bildungsagentur

- Selbstverständnis als Serviceagentur zur Gewinnung von Lehrkräften
- Transparenz, Mitspracherecht und Beschleunigung des Einstellungsverfahrens
- Flexibilisierung des Vorbereitungsdienstes

2. Organisation des Studiums

- Anerkennung der Qualität des Studiums
- Bereitstellung von Praktikumsplätzen und qualifiziertes Unterstützungspersonal
- Anerkennung des Studiums als erstes Staatsexamen
- Anpassung der Studiendauer und Implementierung der Inklusion im Curriculum

3. Schulorganisation

- Konzeptualisierung des Weges zur Inklusion
- Reduktion der Klassengrößen und des Stundendeputats für Lehrkräfte
- Konzept des gemeinsamen Lernens und dauerhafte Finanzierung von Ganztagschulen

4. Ausstattung und Personal

- Unterstützung der Kommunen bezüglich Gebäuden, Arbeitsmitteln und Digitalisierung
- Aufstockung des nicht unterrichtenden Personals
- Anpassung der Gehälter von Grundschullehrkräften
- Erhöhung der Gehälter von Lehrkräften

1. Organisation der Bildungsagentur

- a. Bis dato agiert die Bildungsagentur im Stil einer Behörde, die stark nachgefragte Plätze zu verteilen hat. Dies ist aber leider nicht mehr der Fall. Die Bildungsagentur muss ihre Denkweise ändern. Nicht mehr die BewerberInnen sind in einer Bittstellerposition um eine Stelle, sondern die Bildungsagentur hat den Auftrag, Arbeitskräfte zu gewinnen. Das muss sich im Stil der Bildungsagentur gegenüber potentiellen BewerberInnen aber auch bereits beschäftigten Lehrkräften widerspiegeln, um diese für den Standort Sachsen zu gewinnen bzw. an diesen zu binden.
- b. Durch transparentes und öffentliches Anbieten der zur Verfügung stehenden Stellen haben die BewerberInnen im Vorfeld die Möglichkeit, sich mit den jeweiligen Schulprogrammen und -standorten auseinanderzusetzen. Derartige Veränderungen, die im letzten Maßnahmenpaket angedacht sind, müssen konkretisiert und zeitnah umgesetzt werden.
- c. Transparente Entscheidungskriterien: Welche Faktoren führen dazu, dass BewerberInnen bestimmte Stellen angeboten werden und wie werden die Wünsche der BewerberInnen berücksichtigt?
- d. Mitspracherecht von Schulen: In anderen Bundesländern entstehen viele zukünftige Arbeitsverhältnisse durch Kontakte aus Praktika. Schulen müssen bei der Einstellung mitreden und BewerberInnen vorschlagen dürfen. Dabei muss transparent sein, welches Mitspracherecht die Schulen bei den Einstellungsverfahren besitzen.
- e. Veränderung des Onlineauftritts: Informationen zu Bewerbungsmöglichkeiten und z.B. einzureichender Formalia müssen übersichtlich präsentiert werden. Momentan wird BewerberInnen eine unprofessionell wirkende Datei im .doc Format angeboten, welche zahlreiche Dopplungen bezüglich einzureichender Unterlagen enthält. Positive Beispiele anderer Bundesländer wie z.B. Sachsen-Anhalt könnte hier eine Orientierungshilfe bieten.
- f. Veränderung des Tonfalls im Onlineauftritt: Vergleichen Sie bspw. die Websites von Berlin und Sachsen bezüglich: Anrede, Verständlichkeit, Aufforderungscharakter oder Übersichtlichkeit. Für potenzielle BewerberInnen macht es einen großen Unterschied, ob in jedem dritten Satz von Ausschlussfristen gesprochen wird, oder ob zunächst klargestellt wird, dass man sich jederzeit bewerben könne, da jede zukünftige Lehrkraft willkommen ist.
- g. Die Einstellungsverfahren müssen beschleunigt werden. Eine Zusage für eine feste Arbeitsstelle wenige Tage vor dem ersten Arbeitstag wird kaum jemand annehmen. BewerberInnen entscheiden sich für die Schule bzw. für das Bundesland, welches ihnen genügend Zeit z.B. für einen Umzug gewährleistet.
- h. Veränderung und Flexibilität im Bewerbungsmanagement: Es bleibt völlig offen, zu welchem Zweck überhaupt Bewerbungsfristen existieren - andere Bundesländer haben dies schon lange abgeschafft. Am Beispiel: In Sachsen liegen zwischen Bewerbungsende und Einstellungstermin fünf Monate - in Berlin hingegen nur zwei Monate - in diesem Zeitraum gehen potenzielle Lehrkräfte verloren.

- i. Der Startzeitpunkt in den Vorbereitungsdienst muss flexibler gestaltet werden. Es sollten mehr als zwei Termine im Jahr angeboten werden, an denen die zukünftigen Lehrkräfte ihre zweite Ausbildungsphase beginnen können.
- j. Wer an neuen Lehrkräften interessiert ist, muss die Servicequalität erhöhen. In anderen Bundesländern wird mit Wohnungsgenossenschaften kooperiert, um zügig Wohnraum zur Verfügung zu stellen; in Kooperation mit Kindertagesstätten werden wohnnahe Plätze angeboten; in ländlichen Regionen wird mit den Verkehrsverbünden über Vergünstigungen im ÖPNV verhandelt oder der Wohnortwechsel wird aktiv unterstützt. Wer ernsthaft an den raren Lehramtsstudierenden interessiert ist, muss derartige soziale und infrastrukturelle Ansätze nicht nur benennen, sondern rasch umsetzen.
- k. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze im Vorbereitungsdienst muss die Anzahl an AbsolventInnen der sächsischen Hochschulen übersteigen. Schließlich möchte man ja genau diese AbsolventInnen in Sachsen anstellen.
- l. Stärkere Berücksichtigung individueller Härten bei der Stellenvergabe. Einstellungskriterien dürfen nicht nur die Abschlussnote und studierte Unterrichtsfächer sein. Auch soziale Faktoren müssen angemessen berücksichtigt werden.

2. Organisation des Studiums

- a. Veränderung der Selbstverständnisse des Lehramtsstudiums. Wer ernsthaft an Lehrkräften interessiert ist, darf sich nicht vom - wenn überhaupt - kurzfristigen Erfolg der Einstellungen von SeiteneinsteigerInnen beeinflussen lassen. Die unterschiedlich lange Studienzeit konterkariert die Bedeutsamkeit eines qualitativ hochwertigen Studiums, die die Ministerin diesem Beruf zuspricht. Wer der Überzeugung ist, dass Inhalte von fünf Jahren auch in weniger Zeit vermittelt werden können - der schreckt potenzielle Lehrkräfte ab. Zum einen, weil die jungen Lehrkräfte ein Ideal davon haben, wie ihre Professionalität wertgeschätzt werden sollte, und zum anderen, weil sie zukünftig nicht die Arbeit der SeiteneinsteigerInnen auffangen wollen.
- b. Wer das Studium von Lehrkräften ernst nimmt, kommt nicht im entferntesten auf die Idee nun auch Studierende mit Bachelorabschluss (von FHs und Universitäten) als Lehrkräfte einzustellen - jedeR mit einem abgeschlossenen Lehramtsstudium muss sich fragen, warum man dieses Studium überhaupt belegt hat - in einem Bundesland, dass diese Frage nicht beantworten kann, wird man nicht anfangen wollen zu arbeiten. In Fortsetzung dieser Maßnahmen steht die völlige Absurdität pädagogischer und fachdidaktischer Forschung, weil keine RezipientInnen mehr zur Verfügung stehen
- c. Die Organisation der universitären Praktika an den Schulen muss an die enorm hohe Anzahl von PraktikantInnen angepasst werden: Wer zukünftig Lehrkräfte haben möchte, muss auch ausreichend Praktikumsplätze vorhalten. Es setzt sich sonst der Effekt fort, dass Studierende, die in anderen Bundesländern Praktika absolviert haben, aufgrund der dortigen positiven Erfahrungen später auch dorthin gehen (vgl. Mitspracherecht von Schulen, Ausstattung, Bezahlung, etc.). Dafür müssen PraktikumsbetreuerInnen entsprechende Abminderungsstunden

bekommen und dürfen nicht nebenbei zu Vertretungen eingeteilt werden. Denkbar wäre an dieser Stelle auch schon die PraktikantInnen bezüglich der Finanzierung von Praktika weitab der Universitätsstandorte zu unterstützen, um gerade diese Schulen attraktiv zu machen.

- d. Anstatt auf SeiteneinsteigerInnen zu setzen, sollte die Bildungsagentur dafür sorgen, dass alle Studierenden so rasch wie möglich bis zum 2. Staatsexamen geführt werden, um dann als gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte in den Schulen eingesetzt zu werden.
- e. In ähnlicher Weise sind die neu geschaffenen Stellen zur Unterstützung des Unterrichts kritisch zu hinterfragen. Durch immer mehr, nur zum Teil pädagogisch ausgebildete SchulbegleiterInnen, EinzelfallhelperInnen und zuletzt vor allem der InklusionsassistentInnen, deren Aufgabenprofil sehr vage ist, müssen sich Lehrkräfte unter anderem auch um die Integration dieser Erwachsenen im Unterricht kümmern.
- f. Die Dauer des Grund- und Oberschulstudiums muss an die restlichen Lehrämter angepasst werden, um perspektivisch eine gleiche Bezahlung zu ermöglichen. Wer nicht gleich entlohnt wird, kommt auch nicht nach Sachsen.
- g. Inklusion muss sich auch in allen Lehramtsstudiengängen widerspiegeln - wenn Sachsen schon im Studium zeigt, dass Inklusion nur ein Thema für FörderpädagogInnen ist, wird man sich sehr genau überlegen, ob man an eine Regelschule in Sachsen gehen möchte, um dort mit kritischen Situationen umgehen zu müssen, mit denen man sich nicht in Theorie oder Praxis auseinandergesetzt hat.
- h. Wer sich als fortschrittliches Bundesland präsentieren will, um damit zukünftige Lehrkräfte zu werben, muss dies auch schon im Studium tun - Sachsen ist eines der letzten Bundesländer, welches aus unerklärlichen Gründen an doppelten Prüfungen festhält. Studierenden und Dozierenden an den Hochschulen bleibt völlig schleierhaft, warum die gleichen Inhalte bei den gleichen Dozierenden einmal während des Studiums in Modulprüfungen und noch einmal am Ende des Studiums in Staatsexamensprüfungen abgefragt werden -- die damit gebundenen Ressourcen für PrüferInnen an Hochschulen und Schulen könnte man sinnvoller nutzen. Der Abschluss aller Modulprüfungen des Studiums oder ggf. ein Masterabschluss ist dem 1. Staatsexamen gleichzusetzen.
- i. Unabhängig von der Debatte über eine Ausweitung des Lehramtsstudiums am Standort Chemnitz, muss von der Landesregierung sichergestellt werden, dass ein Lehramtsstudium in Sachsen flächendeckend und verstetigt stattfindet, was allerdings nicht auf Kosten der Hochschulen funktionieren kann. Die Bedarfe an den Schulen sind vorhanden und absehbar. Die permanente Unsicherheit über die Zukunft eines Bildungsstandortes und der Bedingungen kann schlachtweg keine positiven Effekte auf potenzielle, vorhandene und abschließende StudentInnen haben.

3. Schulorganisation

- a. Im Schulgesetz hätte sich die Staatsregierung eindeutig für ein zukünftiges Schulsystem entscheiden können. Momentan geht Sachsen weiterhin einen Weg, der nur für einen Bruchteil von SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine integrative Beschulung ermöglicht. Diese Ungenauigkeit des Weges verunsichert eine Vielzahl von BewerberInnen für das Lehramt, weil Sie nicht wissen, ob sie später an Förderschulen eingesetzt werden. Dies wird vermutlich mehrheitlich von vielen jungen Förderschullehrkräften abgelehnt, weil sie eher an Regelschulen eingesetzt werden möchten.
- b. Im Schulgesetz hätte sich die Staatsregierung für eine massive Reduzierung der Klassengrößen einsetzen müssen. Viele Methoden und didaktische Überlegungen, geschweige denn ein sinnvolles Klassenmanagement, sind mit den momentanen Klassengrößen nicht umsetzbar. Geringe Klassengrößen sind keine Utopien und können, z.B. durch die Zusammenlegung von Regel- und Förderschulen oder durch die Auflösung der starren Einteilung nach Altersstufen, erreicht werden.
- c. Das Kultusministerium sollte Zusammenhänge genauer beleuchten. Es fehlen nicht mehr Lehrkräfte, weil das Stundendeputat von Lehrkräften reduziert wurde, sondern es fehlen neue Lehrkräfte, weil das Stundendeputat nicht ausreichend reduziert wurde. Wer neue Lehrkräfte anwerben möchte, muss im bundesweiten Vergleich eine niedrige Pflichtstundenzahl einfordern und alle anfallenden Aufgaben neben dem Unterricht angemessen anrechnen.
- d. Es sollte ein Konzept für das gemeinsame Lernen erarbeitet werden. Wenn es Alternativen gibt, werden sich neue Lehrkräfte für Konzepte entscheiden, die ein möglichst langes gemeinsames Lernen ermöglichen.
- e. Das Konzept der Ganztagschule muss dringend überarbeitet werden. Den Schulen muss ein festes Budget für zusätzliche Lehrkräfte, PädagogInnen und sonstiges Personal für sinnvolle Angebote neben dem Unterricht zur Verfügung stehen. Eine Person, die beispielsweise einen Schulchor leitet, muss fest und über viele Jahre für diese Tätigkeit bezahlt werden.
- f. Die Bearbeitung von Anträgen zur Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs darf nicht jahrelang dauern. Personelle Ressourcen und zusätzliche Unterstützung müssen zeitnah erfolgen. Je früher auf individuelle Schwierigkeiten einer Schülerin/ eines Schülers eingegangen wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, diese zu überwinden.
- g. Angehende Lehrkräfte werden häufig mit fehlenden Schulkonzepten konfrontiert und hiervon abgeschreckt. Während in anderen Bundesländern selbstverständlich z.B. Schulentwicklung und Qualitätsmanagement in Schulkonzepten verankert sind, scheint dies in Sachsen kein Kriterium zu sein.

4. Ausstattung und Personal

- a. Die Staatsregierung muss die Kommunen massiv bezüglich der sächlichen Ausstattung von Schulen unterstützen oder ein Konzept einer Grundfinanzierung installieren.
- b. Angehende Lehrkräfte aus anderen Bundesländern sind zum Teil entsetzt über die hygienischen Bedingungen an sächsischen Schulen. Wer sich tagsüber nicht traut die Toilette zu benutzen, wird sich bezüglich des Arbeitsplatzes wahrscheinlich nicht für Sachsen entscheiden.
- c. Wenn man in Sachsen besonders viele zukünftige Lehrkräfte anlocken möchte, sollte man dafür Sorge tragen, dass alle Schulgebäude über lackierte Doppelglasfenster verfügen.
- d. Wer didaktisch-methodisch abwechslungsreichen Unterricht gestalten möchte, kommt nicht nach Sachsen, wenn die Klassenräume so klein sind, dass eine Veränderung der Sitzordnung unmöglich ist.
- e. Lehrkräfte sollten mit einer angemessenen Arbeitsmittelpauschale bedacht werden, die es ihnen ermöglicht, Arbeitsmittel nicht aus dem Privatbudget zu finanzieren und ihre didaktischen Überlegungen damit unabhängig vom oftmals knappen Schulbudget zu machen.
- f. Wer in anderen Bundesländern an Schulen unterrichten kann, die über Internetzugang für alle SchülerInnen und somit zahlreiche Möglichkeiten der Digitalisierung des Klassenraums verfügen, der wird sich nicht für Sachsen entscheiden.
- g. Wer in anderen Bundesländern bereits über digitale Klassenbücher und Vertretungspläne per App verfügt, der wird sich nicht für Sachsen entscheiden.
- h. Während woanders den Schulen Mittel für eigene Homepages und Serverdienste zur Verfügung stehen, erreicht man sächsische Lehrkräfte noch über private E-Mailadressen.
- i. Die Staatsregierung muss Schulen mit ausreichend Personal ausstatten, um die Schulen für neue Lehrkräfte attraktiv zu machen. Eine Schule muss mindestens mit je 1,0 VZÄ für Sekretariat, technische MitarbeiterIn und SozialpädagogIn ausgestattet sein, zusätzlich sind an jeder Schule mind. je 0,5 VZÄ an NetzwerkadministratorIn und SchulpsychologIn vorzuhalten, um Qualität in Allgemeinbildung gewährleisten zu können.
- j. Wer ernsthaft an zukünftigen Lehrkräften interessiert ist, muss auch finanziell einen Anreiz bieten. Man prüfe welches Bundesland seinen Lehrkräften das höchste Gehalt bietet. Wenn man Lehrkräfte haben möchte, muss man dies überbieten. Einer, sich an der freien Marktwirtschaft orientierten, Staatsregierung sollte einleuchten, dass Arbeitskräfte in Zeiten der steigenden Mobilität dort arbeiten, wo es das meiste Geld zu verdienen gibt - unabhängig davon, wo diese studiert haben.
- k. Zukünftige Lehrkräfte gewinnt man über faire und gerechte Angebote. Wer der Überzeugung ist, dass z.B. Grundschullehrkräfte weniger leisten und ihnen deshalb weniger zahlt als allen anderen Lehrkräften, der wird genau diese Lehrkräfte nicht gewinnen.

- I. Ein Schlüssel zur Bekämpfung des Personalnotstandes ist das Halten älterer Lehrkräfte. Wer diesen Lehrkräften vermittelt, dass jüngere Lehrkräfte höher eingruppiert werden und nicht ausgebildete Personen die gleiche Arbeit leisten können, der verprellt genau diese wichtige Gruppe.

gez.

- Jakob Heuschmidt
- Hans Christian Karger
- Prof. Dr. Josef A. Käs Soft Matter Physics Leipzig University
- Saskia Schuppener
- Michaela Köster, Förderzentrum für Erziehungshilfe Leipzig
- Birgit Walther, selbstständige Dozentin Pädagogik, Leipzig
- Mirko Lange
- Andreas Port
- Lisa Heuschmidt, 157. Schule, Leipzig
- Tillmann Steiner
- Tobias Beyer, Studentischer Senator und Projektleiter Internationales Mentorenprogramm
- Familie Smok
- Kerstin Popp
- Claudia Paatzsch
- Dina Hörig
- Toralf Eilers
- Anne Shamsan
- Kritischen Lehrer*innen Leipzig
- Christoph Genzel, Referent für Lehramt, Student_innenRat der Universität Leipzig
- Holle Fedrowitz-Claashen
- David Kupper, Sprachheilschule "Anne Frank" Zwickau
- Sandra Schmidt, 157. Schule, GS der Stadt Leipzig
- Frank Irmler
- Cornelia Presser, 157. Grundschule Leipzig
- Andrea und Danilo Kühn, 157. Grundschule in Leipzig
- Juso-Hochschulgruppen Sachsen
- Uta Richter
- Anna Höffner
- Marcus Schmalfuß
- Dr. Thomas Riemer, Institut für Medizinische Physik und Biophysik, Medizinische Fakultät, Universität Leipzig, Sprecher der MULE (Mittelbau-Initiative-Universität Leipzig) und Senator der Universität Leipzig
- Dr. Barbara Seebach, Lehrerin, Klinik- und Krankenhaussschule Leipzig, ehemal. stellv. Bundesvorsitzende Verband Sonderpädagogik
- Sabine Mehnert, Lehrerin an der Schweitzer Schule Leipzig, Mitglied im Lehrerhauptpersonalrat Fachgruppe Förderschulen Fraktion der GEW
- Jana Nitschke, Förderzentrum für Körperbehinderte Dresden
- Birgit Jahn, Schule für Erziehungshilfe Am Leubnitzbach Dresden

- Pia Liebig, Löbau
- M. Becker, im Namen des Vorstands des Landeselternrat Sachsen
- Daniela Schineff, Grundschullehrerin an der GS Markkleeberg West
- Jana Markert
- Uschi Kruse, Landesvorsitzende der GEW Sachsen
- Vera Dröge
- Kerstin Stemmler, Lehrerin, oafL Grimma
- Carola Meyer, TU Chemnitz, Studentin im 8. FS "Lehramt für Grundschule"
- Annelies Groß, BSZ "Konrad Zuse" Hoyerswerda
- Cornelia Falken, Bildungspolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
- Jule Nagel, Stadträtin in Leipzig und Mitglied des Sächsischen Landtags
- Fachschaftsrat Erziehungswissenschaften, Universität Leipzig
- Student_innenrat der TU Chemnitz
- Claudia Linke, Humboldtgymnasium Leipzig, Lehrerin Mu/Deu
- Dr. Antje Wagner, Inst. für Förderpädagogik, Arbeitsberich WTH/S
- Jusos Sachsen
- Landesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW Sachsen
- Arndt Berger, Schule Rosenweg Leipzig
- Gemeinsam länger lernen in Sachsen e.V.